

Die öffentliche Ausschreibung von Kandidaturen auf nationaler Ebene durch die DPJ : ein innovatives Rekrutierungsverfahren und seine Auswirkungen

Autor(en): **Kopietz, Simone**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Asiatische Studien : Zeitschrift der Schweizerischen
Asiengesellschaft = Études asiatiques : revue de la Société
Suisse-Asie**

Band (Jahr): **67 (2013)**

Heft 2: **Ein neues Japan? Politischer und sozialer Wandel seit den 1990er
Jahren**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG VON KANDIDATUREN AUF NATIONALER EBENE DURCH DIE DPJ: EIN INNOVATIVES REKRUTIERUNGSVERFAHREN UND SEINE AUSWIRKUNGEN

Simone Kopietz, Freie Universität Berlin

Abstract

The Japanese political elite are well known for their exclusiveness. The dominance of a few chosen paths, e.g. the hereditary system, for a long time restricted the chances of newcomers to access national politics. Also, recruitment decisions were made on the informal level of local politics. When the DPJ headquarters in 1999 introduced the open recruitment – the so called *kōbo*-system – for national elections, the focus was set on the goals of achieving transparent recruitment mechanisms and improving national politics' accessibility. This article asks whether these ambitious goals were realized or not. Does the open recruitment really produce transparent selection procedures and equal opportunities for all aspirants for state level candidacy regardless of personal ties and financial strength? Is this claim for new types of candidates and recruitment patterns compatible with the party's need to win elections? As this study will show, this last question significantly challenges the DPJ's quest for transparency and openness. Whereas at first glance the DPJ's open recruitment testifies to certain changes in the Japanese campaigning style and its dominant recruitment policies, deeper investigation shows that old patterns and requirements for state level candidate recruitment still remain valid and challenge the new recruitment system's initial purpose.

1 Einleitung

Die politische Elite Japans ist abgeschottet gegenüber Neuzugängen, die von traditionellen Rekrutierungspfaden abweichen. Der Rekrutierungsprozess selbst ist intransparent und auf informeller Ebene angesiedelt. Das haben zahlreiche Untersuchungen der politikwissenschaftlichen Japanforschung gezeigt, die sich den Fragen gewidmet haben, *wer* in Japan Politiker wird und *wie* (Amano, 2003: 132–134; Fukui / Fukai, 1992; Yoshino / Tanifuji / Imamura, 2001). Die meisten dieser Untersuchungen beziehen sich auf die jahrzehntelange Regierungspartei

LDP (Liberaldemokratische Partei) im Zeitraum vor den politischen Reformen Anfang der 1990er Jahre. Mit diesen Reformen und neu etablierten Parteien wie der DPJ (Demokratischen Partei Japans) ergibt sich hinsichtlich der Rekrutierungsprozesse jedoch die Frage, welche Voraussetzungen Kandidaten unter den neuen Rahmenbedingungen mitbringen müssen und inwiefern die Rekrutierungsprozesse in den Parteien des politischen Systems Japans heute möglicherweise offener und transparenter gestaltet sind. Zwar wird auch in den meisten neueren Untersuchungen die fortbestehende Geschlossenheit der politischen Nachwuchsrekrutierung Japans im Allgemeinen bestätigt (Amano, 2004; Schmidt, 2002), in einigen Untersuchungen wurden jedoch auch Veränderungen beobachtet, darunter die Einführung des sogenannten *kōbo*-Verfahrens unter anderem in der DPJ und in der LDP (Asano, 2006; Donau, 2005). Der Begriff *kōbo* (公募) kann als „öffentliche Ausschreibung“ übersetzt werden. Öffentliche Ausschreibungen zum Anwerben neuer Kandidaten nutzen die Präfekturverbände der meisten konservativen Parteien – darunter auch die NFP, LP und LDP – schon länger (YS, 22.05.2000). Allerdings unterscheiden sich auch hier die Auswahlmechanismen hinsichtlich der mangelnden Standardisierung und Transparenz nicht von den üblichen Vorgehensweisen. In der vorliegenden Untersuchung wird der Fokus hingegen explizit auf die von der Parteizentrale initiierte öffentliche Ausschreibung sowie das damit verbundene standardisierte Auswahlverfahren gelegt.

Das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung in diesem Sinne wurde von der DPJ erstmals 1999 im Vorfeld der Unterhauswahlen 2000 angewandt.¹ Als sie am 2. März 1999 diese erste Durchführung der öffentlichen Ausschreibung ankündigte, hiess es, die DPJ würde „für normale Bürger mit politischen Ambitionen die Tore weit öffnen“ (DPJ, 02.03.1999). Die Partei suche Personen, die in der Politik etwas verändern wollten. Die bis dato in der Rekrutierungspolitik der LDP geltenden Anforderungen der finanziellen Stärke, eines hohen Bekanntheitsgrades und einer starken Wählerbasis spielten dabei keine Rolle. Statt dessen wurden die Chancen für ambitionierte und talentierte Bewerber hervorgehoben.

Die Gültigkeit dieser Darstellung zu überprüfen, ist Ziel der vorliegenden Untersuchung. Eröffnet das Verfahren wirklich gleiche Chancen für alle Aspi-

1 In der LDP wurde das zentralisierte Ausschreibungsverfahren 2004 eingeführt. Die Verfahren in beiden Parteien unterscheiden sich jedoch stark voneinander. Eine genaue Beschreibung des Verfahrens in der LDP gibt ASANO, 2006: 171–186. Ein wichtiger Unterschied ist, dass die Parteizentrale der LDP lediglich die Ausschreibung vornimmt, die Auswahl jedoch unter Vorbehalt verschiedener Kontrollmöglichkeiten an die Präfekturverbände delegiert.

ranten unabhängig von persönlichen Beziehungen und finanzieller Stärke? Inwiefern ist das mit den Bedürfnissen politischer Parteien, vornehmlich dem Wahlsieg, vereinbar? Die folgende Untersuchung wird zeigen, dass genau diese Frage die DPJ beim Streben nach mehr Transparenz und Offenheit in einen Interessenkonflikt bringt. Während das Verfahren im Ansatz zwar von einem teilweise bereits vollzogenen Wandel in der japanischen Wahlkampfkultur und der darauf basierenden Rekrutierungspolitik zeugt, wird bei Betrachtung des gesamten Verfahrens deutlich, dass die alten Muster und Anforderungen bei der Kandidatenrekrutierung immer noch hemmend wirken. So ist die vorliegende Untersuchung nicht nur eine erste systematische Analyse der einzelnen Schritte des Verfahrens in der DPJ. Sie wird auch eine Einschätzung ermöglichen, inwiefern das Verfahren trotz der genannten Hemmnisse das Potential hat, längerfristig einen offenen Zugang zur nationalen Politik zu ermöglichen. Die gewonnenen Erkenntnisse stellen einen wichtigen Baustein für weitere Untersuchungen der japanischen Rekrutierungspolitik und die unter den neuen Rahmenbedingungen gültigen Anforderungen an Kandidaten für ein Mandat auf nationaler Ebene im politischen System Japans dar.

Zunächst wird ein Blick auf die in der bisherigen Forschung viel berücksichtigten Rahmenbedingungen der LDP-Rekrutierungspolitik sowie auf die Grundzüge der Rekrutierungspolitik der DPJ zeigen, von welchen Vorgehensweisen es gilt, sich zu distanzieren. Im dritten Abschnitt werden die dahingehenden Bemühungen der DPJ skizziert und aufgezeigt, was die DPJ sich und den Wählern mit der Einführung der öffentlichen Ausschreibung versprach und inwiefern sich die Zielsetzung möglicherweise verändert hat. Daran anschließend werden die einzelnen Schritte und die Funktionsweise des Verfahrens rekonstruiert und hinsichtlich des Beitrags zu einer offenen und transparenten Kandidatenrekrutierung einer ersten Bewertung unterzogen. Der folgende Blick auf die Profile der im Wahljahr 2009 von der DPJ aufgestellten neuen Kandidaten unter Differenzierung zwischen jenen Kandidaten, die über die öffentliche Ausschreibung rekrutiert wurden, und jenen, die andere Pfade nutzten, wird helfen, ein abschliessendes Urteil zu fällen.

2 Forschungsstand

Unter dem alten Wahlsystem mit Mehrheitswahl in mittelgrossen Wahlkreisen etablierten sich die sogenannten drei *ban* (*san ban* 三バン) – finanzielle Stärke

(*kaban* 鞆), ein hoher Bekanntheitsgrad (*kanban* 看板) und eine starke Wählerbasis (*jiban* 地盤) – als die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kandidatur (Blechinger, 1996: 82). Gleichzeitig galt innerhalb der LDP als eines der wichtigsten Kriterien für die Erteilung einer Nominierung die Aussicht auf Wahlerfolg (Amano, 2003: 152–153). Dies führte dazu, dass sich der Kreis der für eine Nominierung in Frage kommenden Personen stark verkleinerte.

Die eigentliche Kandidatenauswahl wurde auf Präfektorebene getroffen. Als Hauptselektoren auf dieser Ebene nennt Donau (2005: 74–81) die sogenannten *kōenkai* (後援会)² und die Faktionen³. Unter ihrer Einflussnahme entschied sich der Präfekturverband für einen Kandidaten und sprach für diesen eine Empfehlung an die Parteizentrale aus, welche es sich zur Regel gemacht hatte, diese zu respektieren (Amano, 2003: 152–153). Diese Ansiedlung des Nominierungsprozesses auf informeller Ebene und die Präferenzen der an der Nominierungsentscheidung beteiligten Akteure trugen dazu bei, dass bestimmte Personengruppen bevorzugt wurden.

So führten diese Eigenschaften des Rekrutierungsprozesses zu einer Fixierung auf wenige Rekrutierungspfade und zur Abschottung der politischen Elite Japans bzw. der LDP gegenüber von diesen Pfaden abweichenden Neuzugängen. Die vier Hauptrekrutierungsquellen waren ehemalige Lokal- und Regionalpolitiker, ehemalige Ministerialbürokraten, Abgeordnetensekretäre und Erbpolitiker (Amano, 2003). Eine daraus resultierende Erstarrung der politischen Elite und Entfremdung von Repräsentanten und Repräsentierten wurden als Folgen beobachtet (Fukui / Fukai, 1992: 34–35; Tanaka, 2001: 32).

Auf viele Teilaspekte dieser Rekrutierungspolitik zielte jedoch das 1994 verabschiedete Reformpaket – unter anderem eine Reform des Wahlsystems für das Unterhaus und des *Political Funds Control Law* (*Seiji shikin kisei hō* 政治資金規正法) – ab, so dass die Hoffnung bestand, dass die alten Strukturen aufgebrochen würden (Donau, 2005: 93). So war es z.B. ein Hauptanliegen vieler Reformer, der Bedeutsamkeit der drei *ban* entgegenzuwirken, da sie als eine wichtige Zutat für die langjährige Dominanz der LDP und als Grund für das hohe Korruptionspotential der japanischen Politik aufgefasst wurden. Das neue Wahlsystem, ein Mischsystem aus Verhältniswahl und Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, sollte statt dessen den Schwerpunkt auf die Programmatik verlegen und die Parteien stärken (Christensen, 1994). Hinsichtlich der Rekrutie-

2 Unterstützerorganisationen, die den Kern der Wählerbasis bilden (vgl. CURTIS, 1971: 126–178).

3 Bei den Faktionen handelt es sich um parteiinterne Machtgruppen (THAYER, 1969: 15–16).

rungsprozesse zeigen die Analysen von Amano (2004) und Schmidt (2002) zu den Kandidaten- bzw. Abgeordnetenprofilen zunächst kaum Veränderungen auf. Asano (2006) und Donau (2005) stellen jedoch durchaus neue Tendenzen fest. So spricht Asano (2006: 225–226) für das Beispiel LDP von einer Diversifizierung des Nominierungsprozesses. Während bisher fast alle Nominierungsentscheidungen auf Empfehlungen der Präfekturverbände basierten, beobachtet er für die Nominierungsentscheidungen 2005 drei verschiedene Muster: die Rekrutierung durch die Präfekturverbände, unmittelbar durch die Parteiexecutive und über das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung. Auch neuen Wahlkampfmethoden, z.B. der Verteilung von Wahlprogrammen (*manifesuto* マニフェスト), wird in verschiedenen Untersuchungen ein zunehmend hoher Stellenwert zugeschrieben (Köllner, 2007). Dennoch kann in keinem der beiden Bereiche von einer vollkommenen Kehrtwende gesprochen werden. Sowohl die hohe Bedeutsamkeit der drei *ban* als auch die Nominierungsentscheidung auf informeller Ebene stellen weiterhin die Grundzüge des LDP-Rekrutierungsprozesses dar (Amano, 2004; Donau, 2005).

Eine dieser Untersuchung vorangestellte Analyse des DPJ-Rekrutierungsprozesses anhand von Interviews mit DPJ-Abgeordneten⁴, verfügbaren Bekanntmachungen der Partei, Zeitungsberichten und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie einer Auswertung von Kandidatenprofilen hat gezeigt, dass trotz einer formal starken Zentralisierung des Nominierungsprozesses auch in der DPJ die eigentliche Kandidatenrekrutierung auf lokaler Ebene stattfindet (vgl. auch Tsuchida, 2010: 24–26). Ebenso sind die drei *ban* kein reines LDP-Phänomen. Mehrere Gesprächspartner, darunter die Abgeordneten C, G, H und J, wiesen auf die Bedeutsamkeit einer gutgepflegten Wählerbasis und in diesem Zusammenhang von Geld für einen erfolgreichen Wahlkampf hin (vgl. auch Idei, 2010: 210–211; Tsuchida, 2010: 26–27). Da die Aussicht auf Wahlerfolg auch in der DPJ das oberste Auswahlkriterium darstellt (DPJ, 08.11.2005), folgt,

4 Die Interviews wurden im Herbst 2010 in Tōkyō durchgeführt. Gesprochen wurden 11 Unterhausabgeordnete der DPJ in erster bis zweiter Legislaturperiode. Bei der Auswahl der Gesprächspartner wurde versucht, möglichst verschiedene Rekrutierungspfade und Profile abzudecken. So befinden sich unter ihnen reine Verhältniswahlkandidaten, erfolgreiche Mehrheitswahlkandidaten sowie über die Parteiliste “wiederbelebte” erfolglose Mehrheitswahlkandidaten; ausserdem ehemalige Ministerialbürokraten, Angestellte, Abgeordnetensekretäre und Regionalpolitiker sowie Unternehmer, Erbpolitiker und über das Ausschreibungsverfahren rekrutierte Abgeordnete. Im Folgenden wird auf die Abgeordneten in anonymisierter Form als Abgeordnete A bis K Bezug genommen.

dass das Vorhandensein der drei *ban* auch für eine DPJ-Nominierung von Vorteil sein dürfte.

Ein Blick auf die Profile aller neuen DPJ-Kandidaten in den Wahljahren 2003, 2005 und 2009 zeigt, dass einerseits zwar ein Viertel der Kandidaten Quereinsteiger sind, die ohne vorherigen Bezug aus einer Anstellung in die Politik gewechselt haben (Tabelle 1). Andererseits dominieren mit um die 50% der Kandidaten auch in der DPJ diejenigen mit vorherigem Politikbezug, sei es als Mandatsträger auf einer anderen Wahlebene, als Abgeordnetensekretär, als Parteiangestellter oder als Erbpolitiker.

Wahljahr	DPJ			LDP
	2003	2005	2009	2005
Neue Kandidaten gesamt	140	111	164	124
Politikbezug	76 (54,3%)	63 (56,8%)	79 (48,2%)	72 (58,1%)
Mandatserfahrung auf anderer Wahlebene	37 (26,4%)	29 (26,1%)	52 (31,7%)	29 (23,4%)
Abgeordnetensekretäre	41 (29,3%)	36 (32,4%)	41 (25%)	34 (27,4%)
Parteiangestellte	6 (4,3%)	3 (2,7%)	3 (1,8%)	20 (16,1%)
Erbpolitiker*	6 (4,2%)	–	7 (4,3%)	10 (8,1%)
Ehemalige Ministerialbürokraten	9 (6,4%)	13 (11,7%)	16 (9,8%)	14 (11,3%)
Geschäftsführung, selbständige oder freischaffende Tätigkeit zum Wahlzeitpunkt	31 (22,1%)	22 (19,8%)	40 (24,4%)	36 (29,0%)
Anstellungsverhältnis (ohne Politikbezug**)	37 (26,4%)	26 (23,4%)	44 (26,8%)	19 (15,3%)

Tabelle 1: Kandidatenprofile aller neuen Unterhauskandidaten der DPJ in den Wahljahren 2003, 2005 und 2009 sowie der LDP im Wahljahr 2005

Anmerkungen: * nur erfolgreiche Kandidaten berücksichtigt; ** schliesst aufgrund der ihnen bisher in der Rekrutierungsforschung zum japanischen politischen System zugesprochenen besonderen Stellung als einer der Hauptrekrutierungspfade auch ehemalige Ministerialbürokraten aus; aufgrund der sich wandelnden Bedeutsamkeit dieses Pfades diskutabel (vgl. NORTH, 2003).

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach AS, 29.10.2003, 08.11.2003, 10.11.2003, 2005, 2009; KYŪDAN, 2004; UEDA, 21.12.2006, 01.01.2011.

Es kann festgehalten werden, dass die für die LDP beobachteten alten Muster der Kandidatenrekrutierung auch für den Rekrutierungsprozess der DPJ zumindest eine gewisse Gültigkeit besitzen. Andererseits wird der DPJ ein besonders hohes Potential hinsichtlich einer Abkehr von diesen alten Mustern zugetraut. So spricht Donau (2005: 123–129) ihr die Vorreiterrolle für das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung zu, dem er und seine Interviewpartner das Potential zu einer transparenten und offenen Kandidatenrekrutierung zuzutrauen scheinen. Als die DPJ dieses Verfahren 1999 einführte, konzentrierte sie – wie bereits erwähnt und im Folgenden ausführlicher gezeigt wird – ihre Rhetorik auf die dadurch angestrebte Öffnung der Partei für die normale Bevölkerung und stellte es dem Rekrutierungspfad des Erbpolitikertums antithetisch gegenüber.

3 Rhetorik und Wahrnehmung

Wenige Monate auf den eingangs erwähnten ersten Durchgang, welcher mit einem radikalen Wandel der an die Aspiranten gestellten Anforderungen beworben wurde, folgte ein zweiter Durchgang. Dieser hatte ausschliesslich Frauen zur Zielgruppe, „um den immer wichtiger werdenden Blickwinkel der Frauen stärker in die Politik einfliessen zu lassen“ (DPJ, 04.08.1999). Im Jahresabschlussbericht zu den Aktivitäten der Partei wird nochmals erwähnt, dass diese beiden Durchgänge der öffentlichen Ausschreibung durchgeführt wurden, „um eine für die Bevölkerung geöffnete Kandidatenrekrutierung zu fördern“ (DPJ, 15.01.2000). Nach fünf erfolgreichen Durchgängen betrachtete der Parteivorsitzende Okada diese Eigenschaft des Verfahrens offensichtlich als bestätigt. Im Vorfeld der Unterhauswahlen 2005 grenzte er in einer Rede an der Waseda Universität seine Partei auf verschiedenen Ebenen von der LDP ab. So sei eine Besonderheit, dass in der DPJ nicht nur Erbpolitiker mit den drei *ban* Abgeordnete werden könnten. Das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung habe es ermöglicht, dass man allein mit den entsprechenden Ambitionen nationaler Abgeordneter werden könne (DPJ, 20.06.2005).

Insgesamt scheint nach den ersten Durchgängen diese Vermarktungsstrategie weniger wichtig geworden zu sein. Möglicherweise liegt es daran, dass die LDP selbst 2004 mit der öffentlichen Ausschreibung durch die Parteizentrale begonnen hatte. Vor allem in den letzten Jahren bringt die DPJ ein anderes Anliegen – die Rekrutierung von geeignetem Nachwuchs – stärker zum Ausdruck. So erklärte der Vorsitzende des Wahlausschusses (*Senkyo taisaku i inkai* 選挙対策

委員会), Azumi Jun, zur Ankündigung der öffentlichen Ausschreibung 2006: “Es geht darum, talentierte Menschen zusammenzubringen und zu einer [Art] Vermögensanlage der DPJ zu machen” (DPJ, 12.05.2006). Und bei der Ankündigung des Durchgangs nach den Unterhauswahlen 2009 nennt der neue Vorsitzende des Wahlausschusses, Ishi'i Hajime, als grundlegendes Ziel der öffentlichen Ausschreibung die “Sicherstellung siegender Kandidaten und hervorragender Menschen” (DPJ, 30.10.2009).

Insofern lagen die Politikwissenschaftler Yoshino, Tanifuji und Imamura (2001: 233) möglicherweise richtig, als sie die Einführung des zentral gesteuerten Ausschreibungsverfahrens lediglich als eine Massnahme der DPJ gegen den Mangel an Kandidaten verstanden. Dennoch wird das Verfahren in der Regel auch weiterhin mit einer offenen Kandidatenrekrutierung in Verbindung gebracht. So nennt z.B. Idei (2004: 202) die öffentliche Ausschreibung der DPJ in Zusammenhang mit verbesserten Zugangsmöglichkeiten zur nationalen Politik und stellt ihr die LDP-Kandidatenrekrutierung mit Schwerpunkt auf Erbpolitiker antithetisch gegenüber. Allerdings habe auch die LDP erkannt, dass sie Gefahr laufe, ihre Wähler zu verlieren, wenn sie weiterhin daran festhalte. Zudem identifiziert Asano (2006: 174–179) als Grund für die Einführung des zentral gesteuerten Ausschreibungsverfahrens in der LDP den Mangel an qualifizierten Kandidaten, welcher unter anderem durch die Monopolisierung frei gewordener Wahlkreise durch Erbpolitikern begründet sei, so dass andere qualifizierte Aspiranten zur DPJ abwanderten. So wurde dieser ungerechtfertigten Bevorteilung des Erbpolitikertums durch das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung entgegengewirkt. Dieses ausgleichende Potential wird von der LDP so hoch eingeschätzt, dass sie die Kandidatur von Erbpolitikern als legitim anerkennt, sofern sie über die öffentliche Ausschreibung gegangen sind. Und ein Zeitschriftenartikel mit besonders positiver Einschätzung zählt die drei *ban* zwei Jahre später bereits zur Vergangenheit (*YS*, 07.11.2009). Unter dem neuen Rekrutierungsverfahren der LDP gälten vielmehr die Motivation und die Ausstrahlung als Auswahlkriterien (*SD*, 2006). Ähnlich euphorisch fällt die Bewertung durch die interviewte DPJ-Abgeordnete B aus. Der Zugang zur Politik sei nun nicht mehr von Beziehungen oder Verwandtschaftsgraden abhängig. Vielmehr könne jeder aus eigenem Antrieb den Weg in die Politik schaffen. Auch die Abgeordneten F und G stellen die öffentliche Ausschreibung dem Erbpolitikertum entgegen. Und selbst der Abgeordnete C, der von der Qualität der Kandidaten weniger überzeugt ist, räumt den positiven Aspekt des verbesserten Zugangs zur nationalen Politik ein: “Dadurch, dass es das Ausschreibungssystem gibt, weitet sich die Chance, Politiker zu werden, aus. Das ist extrem wichtig.” Vor dem

Hintergrund seiner ablehnenden Haltung wirkt die Aussage jedoch eher wie ein Relikt eingeübter Rhetorik. Auch die bei allen Untersuchungen, Zeitungsartikeln und Aussagen fehlende Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Funktionsweisen der Ausschreibungsverfahren in den beiden grossen Parteien schüren den Verdacht, dass die Bewertungen weniger auf einer detaillierten Analyse, denn auf einer blossen zu Allgemeingültigkeit gelangten Annahme basiert. So suggeriert die "öffentliche Ausschreibung" Zugangsmöglichkeiten für alle. Wie bereits beschrieben, beinhaltet das Verfahren allerdings nicht nur das Anwerben potentieller Kandidaten, sondern auch ein standardisiertes Auswahlverfahren, über dessen Charakter der Name des Verfahrens jedoch keinerlei Auskunft gibt. Glaubt man den oben zitierten Worten Ishi's (Vorsitzender des Wahlausschusses), gilt auch hier die Aussicht auf Wahlerfolg als wichtigstes Auswahlkriterium. Inwiefern ist das vereinbar mit der Aussage, dass die drei *ban* keine Rolle spielten? Hat diese Aussage auf allen Ebenen des neuen Rekrutierungsverfahrens Gültigkeit?

4 Das Verfahren

Abgesehen von den Ausschreibungen selbst und einigen Berichten auf der DPJ-Homepage sind keine Schriftstücke der Partei zugänglich, welche etwa die Rahmenbedingungen des Verfahrens festhalten, so dass neben einigen im Folgenden vorgestellten Beiträgen vor allem die Ausschreibungen (DPJ, 13.03.1999, 24.03.2002, 08.02.2004, 13.02.2005, 21.05.2006, 01.11.2009) sowie die Aussagen der Interviewpartner zur Rekonstruktion des Verfahrens genutzt werden. Von den Interviewpartnern haben die Abgeordneten F, G, H und I am Ausschreibungsverfahren teilgenommen. Ausserdem wird das Verfahren der DPJ in seinen Grundzügen bis 2005 in einem Artikel in einer japanischen Monatszeitschrift beschrieben (Noguchi, 2005). Der dort zu Wort kommende Abgeordnete Tsumura Keisuke hat auch an anderer Stelle ein Interview dazu gegeben (Tsumura, 2004). Ausserdem schildert der Ausschreibungsbewerber Matsuoka Rikio den Verlauf des Bewerbungsverfahrens ausführlich auf seinem Blog (Matsuoka, 2010). Während diese Literaturlage zu eventuellen Unsicherheiten bezüglich einzelner Details führen kann, bieten die individuellen Erfahrungen mit der öffentlichen Ausschreibung jedoch einen guten Einblick auch in die Schattenseiten des Verfahrens. Folgende Fragen sollen in diesem ersten Abschnitt beantwortet werden: Inwiefern trägt das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung

dazu bei, den Rekrutierungs- und Nominierungsprozess der DPJ zu öffnen und individuelle Absprachen sowie Entscheidungsfindungen auf informeller Ebene zu unterdrücken? Erhalten alle Kandidatenanwärter im Kampf um die Nominierung die gleiche Ausgangsposition? Werden alle Anwärter an den gleichen Massstäben gemessen?

Von 1999 bis heute gab es sieben Durchgänge. Vom ersten von Noguchi (2005: 149) als *trial and error* bezeichneten Durchgang bis zum siebten hat sich das Verfahren jedoch teilweise stark verändert. Während ein Überblick über die Entwicklung wichtig ist, um sich vom Ausschreibungsverfahren als Ganzes und seiner Bedeutung für die Kandidatenrekrutierung der DPJ ein Bild zu machen, soll als Bewertungsgrundlage das Verfahren dienen, wie es im Vorfeld der Unterhauswahlen 2009 (sechster Durchgang 2006) bestand und scheinbar auch gegenwärtig (siebter Durchgang 2009) angewendet wird.

4.1 Ausschreibung

Die öffentliche Ausschreibung wird an ein oder zwei ausgewählten Tagen landesweit in Tageszeitungen und Zeitschriften, darunter z.B. auch Job-Magazine, sowie dauerhaft auf der Partei-Homepage platziert. Darüber hinaus gibt es auch Radiowerbung (DPJ, 02.03.1999, 05.02.2002; Noguchi, 2005: 148–150). Bei Betrachtung der Ausschreibungen ist von der ersten zur dritten Ausschreibung – die Ausschreibung für den zweiten Durchgang liegt nicht vor – eine deutliche Veränderung zu erkennen, die den *trial and error*-Charakter des ersten Durchgangs unterstreicht. Während die erste Ausschreibung vor allem eine Telefonnummer enthielt, über die sich Interessenten weiter informieren konnten (DPJ, 13.03.1999), hat die Ausschreibung von 2002 eher schon den Charakter einer Werbeanzeige als den einer Stellenanzeige. Auf einer ganzen Seite werden die 2000 neu ins Unterhaus eingezogenen DPJ-Abgeordneten samt beruflichem Hintergrund und Altersangabe sowie ihrer Antwort auf die Frage: „Politik, was ist das eigentlich?“ vorgestellt. Im kleingeschriebenen Text heisst es: „Auch die Abgeordneten, die hier ihre Antwort geschrieben haben, haben bis vor zwei Jahren noch ihre jeweilige Arbeit gehabt [...]. Wir [die DPJ] denken, es wäre gut, wenn mehr Vertreter der normalen Bürger im nationalen Parlament wären“ (DPJ, 24.03.2002). Hier wird das Bestreben der DPJ, den offenen Zugang zur Politik zu bewerben, nochmals deutlich. 2009 hat sich der Charakter der Ausschreibung jedoch geändert. Es heisst: „‘Arbeitende Politiker’, gesucht“ (DPJ, 01.11.2009). Das Ziel der DPJ sei es, die Führung des politischen Geschäfts von

der Bürokratie an die Politiker zu übertragen. Dafür suche man ehrgeizige Mitstreiter. Insofern spiegelt sich der im vorherigen Abschnitt geschilderte Wandel in der Rhetorik auch in den Ausschreibungen wider. Neben der Form und dem Inhalt hat sich ausserdem der Zeitpunkt für die Ausschreibungen dahingehend verändert, dass von Wahl zu Wahl frühzeitiger ausgeschrieben wurde.

4.2 *Bewerbung*

Seit 2002 sind in den Ausschreibungen auch die Bewerbungsformalitäten genau beschrieben. Bei diesen hat sich über die Jahre nichts grundlegend verändert. Bewerben können sich alle japanischen Staatsbürger, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Damit wurden die Anforderungen auf das im Wahlgesetz festgelegte Minimalmass zurückgesetzt (*KSH*, 2011: Artikel 10.3). Der Bewerbungszeitraum beträgt jeweils etwa zwei bis fünf Wochen. Die Bewerbungsunterlagen beinhalten den Lebenslauf, ein Passfoto und einen kurzen Aufsatz, der im letzten Durchgang maximal 2000 Zeichen lang sein durfte. Das Thema ist vorgegeben und lautete in dem Jahr (2009): “Worum ich mich in der Politik nach dem Regierungswechsel bemühen möchte” (DPJ, 01.11.2009). Dabei sei zu erwähnen, inwieweit der eigene persönliche Hintergrund zur Arbeit in der Politik beitragen könne, warum man die DPJ gewählt habe und mit welchen Themen man als DPJ-Kandidat die Wähler ansprechen wolle. Dieses Thema hat sich über die Jahre letztlich nur in der Detailliertheit der Fragestellung verändert.

Mit zunehmender Professionalisierung der Ausschreibungen hat auch die Bewerberzahl zugenommen. Auf die erste Ausschreibung im März 1999 bewarben sich 564 Personen, 2004 waren es 713 Bewerber (Noguchi, 2005: 152). 2006 verdoppelte sich die Bewerberzahl fast auf 1314 Personen und 2009 lag der neue Rekord bei über 2000 Bewerbern (DPJ, 11.07.2006, 24.11.2009). Des Weiteren sei die Reichweite mit jedem Durchgang besser geworden. 2004 erhielt die DPJ bereits Bewerbungen aus fast allen Präfekturen (43 von 47) und 13% der Bewerber waren Frauen (DPJ, 05.03.2004).

4.3 *Auswahlverfahren*

Die grundlegende Form hat sich über alle Durchgänge hinweg erhalten (siehe Ausschreibungen sowie DPJ, 26.05.1999). Es erfolgt eine Vorauswahl über die Bewerbungsunterlagen sowie Bewerbungsgespräche. Bis 2005 wurde darüber

hinaus auch noch eine schriftliche Prüfung bzw. eine Eignungsprüfung angekündigt. Weder Noguchi (2005) noch der Abgeordnete Tsumura (2004) selbst bestätigen jedoch für 2002 die Durchführung einer solchen Prüfung.

Die Vorauswahl über die eingereichten Unterlagen übernimmt nach Noguchis (2005: 150–151) Schilderung ein etwas mehr als zehn Mitglieder starkes Komitee, bestehend aus den Mitgliedern des Ausschreibungsausschusses (*kōbo shō-i inkai* 公募小委員会) und einigen Mitarbeitern des ihm übergeordneten Wahlausschusses. Um Willkür auszuschliessen, haben zumindest 2005 alle Komiteemitglieder jeden einzelnen Aufsatz gelesen. Die Auswahlkriterien sind jedoch nicht transparent. 1999 wurden etwa 100 Bewerber in die nächste Runde geschickt (DPJ, 26.05.1999). Für die letzten Durchgänge gibt es keine offiziellen Angaben.

Bei den Auswahlgesprächen handelte es sich 1999 noch um ein Gruppengespräch vor einem zehnköpfigen Komitee, dem unter anderem der Parteivorsitzende und der Generalsekretär angehörten (DPJ, 26.05.1999). Für 2002 sprechen Noguchi (2005) und Tsumura (2004) von zwei Auswahlgesprächen (scheinbar keine Gruppengespräche mehr), dabei war das letzte Gespräch in Tsumuras Fall ebenfalls mit dem Generalsekretär und dem Vorsitzenden. Für 2006 gibt Matsuoka (2010) einen ausführlichen Einblick. Es gab lediglich ein Gespräch. Dieses fand in der Parteizentrale in Tōkyō statt. Pro Bewerber waren 15 Minuten angesetzt. Das Auswahlkomitee war von Person zu Person unterschiedlich. Das bestätigt auch der Abgeordnete H. Es handle sich um einige Abgeordnete sowie Angestellte. Als Instanz für dieses Gespräch nennt er den Wahlausschuss. In Matsuokas Fall waren es der Unterhausabgeordnete Hara-guchi Kazuhiro – damals in vierter Legislaturperiode für den Wahlkreis Saga 1 – sowie zwei Beisitzer. Das Gespräch fand in lockerer Atmosphäre statt und bestand hauptsächlich aus Nachfragen zu Matsuokas politischen Zielen, die er in seinem Aufsatz formuliert hatte. Schliesslich wurde er gefragt, für welche Wahl-ebenen er zu kandidieren bereit wäre. Themen wie Wahlkampf oder die Frage nach dem *jimoto* (地元) – die heimatliche Basis, in welcher der Aufbau einer lokalen Wählerbasis leichter fällt⁵ – kamen jedoch nicht auf.

5 Das Lokalbewusstsein ist ein wichtiger Faktor im Wahlkampf. Das ist mit der Annahme verbunden, dass die Interessen der Region am besten auch von einem Abgeordneten vertreten werden, der selbst aus der Region stammt (FLANAGAN, 1968: 399–403). Eine starke Verbindung zum *jimoto* erleichtert folglich den Aufbau der Wählerbasis (*jiban*). Ortsfremde haben es laut dem Abgeordneten G hingegen schwer, im Wahlkreis anerkannt zu werden. Die Akzeptanz in der lokalen Basis innerhalb des Wahlkreises sei jedoch wahlentscheidend.

4.4 Bestehen

Matsuoka wurde eine Benachrichtigung über die Ergebnisse innerhalb von 10 Tagen zugesagt. Auch im ersten Durchgang sollten innerhalb eines Monats die erfolgreichen Bewerber (*gōkakusha* 合格者) bekanntgegeben werden (DPJ, 26.05.1999). Zum weiteren Verlauf gibt es 1999 erst zwei Monate nach den Gesprächen wieder Berichte, als “die ersten ‘Nominierungsentscheidungen aus dem Ausschreibungsverfahren’” (DPJ, 21.07.1999) getroffen wurden. Die in der Ausschreibung angegebene Vorgehensweise für 2002 ergibt ein ähnliches Bild (DPJ 24.03.2002). Auf die genannten Auswahlsschritte folgt lediglich noch die Bestimmung der erfolgreichen Bewerber. Die Annahme, dass dies schliesslich als Kandidaturzusage verstanden werden dürfte, wird in Tsumuras (2004) Fall bestätigt (YS, 06.08.2002). Noguchis (2005: 152) Angaben zeigen jedoch, dass das nicht der Regelfall ist. Von insgesamt 46 erfolgreichen Bewerbern 2002 traten zunächst nur 12 bei nationalen Wahlen an. 1999 waren es in beiden Durchgängen zusammen sogar 131 erfolgreiche Bewerber, von denen nur 17 eine Kandidatur für die Unterhauswahlen 2000 erhielten. 2004 wurde die Angabe in den Ausschreibungen dahingehend erweitert. Auf die Bestimmung der erfolgreichen Bewerber folgten nun noch die Wahlkreisverhandlungen (*senkyo-ku no chōsei* 選挙区の調整) (DPJ, 08.02.2004). Was genau damit gemeint ist, wird in den Ausschreibungen 2006 und 2009 deutlicher.⁶ Zunächst wurde der Begriff *gōkakusha* ersetzt. Auf das Auswahlgespräch folgt nun die Bestimmung der für eine DPJ-Nominierung qualifizierten Personen (*yūshikakusha* 有資格者). Als letzter Schritt ist die Teilnahme am Auswahlprozess für den gewünschten Wahlkreis angegeben, so dass deutlich wird, dass das Bestehen beim Ausschreibungsverfahren keineswegs mit einer Kandidaturzusage zu verwechseln ist, sondern vielmehr noch ein weiterer Auswahlprozess folgt (DPJ, 21.05.2006, 01.11.2009).

Die Beziehung zum *jimoto* als lokale Basis im künftigen Wahlkreis kann daher ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl von Kandidaten sein.

- 6 Das Auswahlverfahren im Jahr 2005 stellt eine Ausnahme dar. In diesem fünften Durchgang wurden, ähnlich wie in der LDP (ASANO, 2006: 171–186), für insgesamt 24 Wahlkreise Kandidaturen ausgeschrieben. Das Verfahren endete daher tatsächlich mit der Bestimmung der Kandidaten (DPJ, 13.02.2005).

4.5 Wahlkreiszuweisung

Im nächsten Schritt, so der Abgeordnete I, können diejenigen, die bestanden haben, bis zu drei Wunschwahlkreise angeben. Zum weiteren Umgang mit diesen Wünschen schreibt die DPJ: "Wir werden die Wahlkreissituation betrachten und sind bestrebt, mit Hinblick auf eine Nominierung eine Einigung unter anderem mit dem Präfekturverband und beteiligten Abgeordneten Ihres Wunschwahlkreises voranzutreiben" (Matsuoka, 2010). Es entsteht der Eindruck, dass sich die Parteizentrale aktiv um die Nominierung der Ausschreibungsbewerber bemühe. Was genau jedoch mit einer Einigung gemeint ist, zeigt die Beschreibung der Wahlkreiszuweisung des Abgeordneten H. Nachdem man bestanden hat und theoretisch in allen freien Wahlkreisen ganz Japans kandidieren kann, wende man sich selbst an den entsprechenden Präfektur- oder Ortsverband. Dort habe man ein weiteres Gespräch, die Bewerbungsunterlagen würden weitergereicht. Anhand dessen werde die Entscheidung über die Kandidatur auf lokaler Ebene getroffen. Auch bei mehreren Bewerbern werde auf lokaler Ebene entschieden. Wie im Nominierungsprozess sonst auch, folgt in seiner Beschreibung dann eine Empfehlung über den Präfekturverband an die Parteizentrale, die zwar das endgültige Entscheidungsrecht hat, die Auswahl aber auch hier anderen überlässt. An dieser Stelle scheinen sich die Ausschreibungsbewerber bereits im regulären Nominierungsprozess der DPJ zu befinden.

Wie sehr sich alte Muster der Kandidatenauswahl dabei erhalten, zeigt auch der Fall des Abgeordneten I. Zunächst scheint es, als habe er seinen Wahlkreis direkt von der Parteizentrale und als Ergebnis seiner Bewerbung auf die öffentliche Ausschreibung zugeteilt bekommen: "Der Wahlkreis, in den ich wollte, ist ländlich und deshalb gab es keine Konkurrenz. [...] Es gab niemand anderen, der sich diesen Wahlkreis gewünscht hatte, deshalb hat man ihn einfach mir gegeben. So wurde das entschieden." Hört man seine Geschichte jedoch zu Ende an, wird klar, dass diese Wahlkreiszuweisung nur scheinbar auf das Ausschreibungsverfahren zurückzuführen ist. Seine Bewerbung auf die öffentliche Ausschreibung ist nur eine Formalität gewesen:⁷

7 Auch TSUMURA, 2004, hat sich gleich nach dem Einreichen seiner Bewerbungsunterlagen bemüht, Beziehungen zu Politikern seiner Wunschpräfektur zu knüpfen. Bis zum Bestehen ist er an allen Wochenenden in die Region gefahren. Welchen Einfluss das auf den Ausgang seiner Bewerbung genommen hat, kann zwar nicht gesagt werden, es unterstreicht jedoch die starke Stellung der lokalen Ebene.

Tatsächlich gab es noch eine Stufe vor der Bewerbung auf die öffentliche Ausschreibung. In der Präfektur [Präfekturname rausgekürzt] gibt es ein Auswahlkomitee, das berät, wer in einem bestimmten Wahlkreis aufgestellt werden soll oder wer gut wäre. Und zu den Personen, die sich damit befassen, hatte ich von früher her persönliche Beziehungen. [...] Und deshalb wusste ich, dass, würde ich den Wahlkreis aufschreiben und mich dafür bewerben, diejenigen, die ein gewisses Entscheidungsrecht haben, mich schon kennen. Und die sagten dann [nur noch]: ‘Den nehmen wir!’ und so wurde das entschieden.

Diejenigen, die nicht nominiert werden, verbleiben im Pool potentieller Kandidaten. Tatsächlich besteht eine reelle Chance auf eine Kandidatur zu einem späteren Zeitpunkt. Neun der erfolgreichen Bewerber von 1999 sind beispielsweise bei den Unterhauswahlen 2003 angetreten (Noguchi, 2005: 152). So wird deutlich, was der Vorsitzende des Wahlausschusses mit der ‘Vermögensanlage der DPJ’ (DPJ, 12.05.2006) meinte. Da jedoch auch jedes Jahr die Zahl der erfolgreichen Bewerber steigt – für 2006 gibt Matsuoka (2010) 170 bis 180 an – darf das Prädikat ‘für eine DPJ-Nominierung qualifizierte Person’ nicht zu hoch bewertet werden.

4.6 Zusammenfassung

Das Ausschreibungsverfahren bis zur Entscheidung über das Bestehen der Bewerber ist für alle offen, die auch laut Gesetz für ein politisches Mandat Zugangsberechtigt sind. Mit der landesweiten Ausschreibung werden die meisten dieser Zugangsberechtigten erreicht. Spätestens seit der Professionalisierung der Anzeigen sollte es für einen Zeitungs- oder Zeitschriftenleser schwierig sein, die Ausschreibung zu übersehen. Die zunehmende Bewerberzahl bestätigt die grosse Reichweite.

Für den Auswahlprozess ist vor allem die formelle Gleichbehandlung aller Bewerber hervorzuheben. Bei der Vorauswahl wurden zudem besondere Massnahmen ergriffen, um Objektivität zu gewährleisten. Was die Anforderungen angeht, so gibt es zwar keinen offiziellen Kriterienkatalog, aufgrund der eingereichten Unterlagen und der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Bewerbung noch kein Wahlkreiswunsch angegeben wird, scheinen zumindest die drei *ban* als Faktor ausgeschlossen werden zu können. Dies trifft auch für die Bewerbungsgespräche zu. Der Schwerpunkt liegt auf der Politik. Nichts deutet darauf hin, dass die drei *ban* irgendeine Rolle spielen. Die Tatsache, dass die Entscheidung über das Bestehen allein auf einem Lebenslauf, einem Aufsatz sowie einem Gespräch über die politischen Ziele basierend getroffen wird, ist eine Neuerung.

Ein wichtiger Aspekt – und ein Unterschied zum gleichnamigen Verfahren der LDP – ist ausserdem, dass die Auswahl auf zentraler Ebene stattfindet, ohne jeglichen Bezug zu einzelnen Präfekturverbänden. Auch die Zuteilung der für die Auswahlgespräche zuständigen Abgeordneten scheint zumindest in Matsukas Fall unabhängig von geografischen Verknüpfungen zu sein. Die bei der Einführung des Verfahrens postulierte Öffnung für “normale Bürger mit politischen Ambitionen” (DPJ, 02.03.199) unabhängig von den drei *ban* scheint bis zu diesem Punkt erfüllt.

Während in den ersten Durchgängen im Anschluss an dieses Auswahlverfahren scheinbar auch die Entscheidung über die Kandidaturen – quasi noch als Teil des Verfahrens – auf zentraler Ebene getroffen wurden, steht der weitere Verlauf in seiner heutigen Form jedoch im Kontrast zu den für das Auswahlverfahren gemachten Beobachtungen. Spielte die lokale Ebene bei der Vorauswahl und den Bewerbungsgesprächen noch keine Rolle, so werden ihr für die eigentliche Kandidatenauswahl fast alle Befugnisse der Parteizentrale überlassen. Es wurde deutlich, dass die Bewerber an dieser Stelle den gleichen Anforderungen bzw. Herausforderungen gegenüberstehen wie alle anderen Aspiranten, die nicht über die öffentliche Ausschreibung gehen. Als erfolgreiche Ausschreibungsbewerber sind sie hinsichtlich ihrer Nominierung ebenso auf gute Beziehungen und das Wohlwollen der lokalen bzw. regionalen Ebene angewiesen. Es ist also zweifelhaft, ob sich die DPJ aufgrund dieses Verfahrens hinsichtlich der Bevorteilung von z.B. Erbangeordneten wirklich von der LDP absetzen kann, wie es Okada behauptet hat.

4.7 Kandidaten

Die von der DPJ veröffentlichte Bilanz für die Kandidatenrekrutierung über die öffentliche Ausschreibung zeigt eine kontinuierliche nominale Zunahme an Ausschreibungskandidaten:

Wahlen	Ausschreibungskandidaten
Unterhauswahlen 2000	17
Unterhauswahlen 2003	18
Oberhauswahlen 2004	2
Unterhauswahlen 2005	29
Oberhauswahlen 2007	9
Unterhauswahlen 2009	41

Tabelle 2: Ausschreibungskandidaten bei Wahlen auf nationaler Ebene 2000 bis 2009

Quelle: DPJ (30.10.2009).

2009 machten diese ein Viertel aller neuen DPJ-Kandidaten aus. Gemessen an den 114 Direktkandidaten – alle Ausschreibungskandidaten traten in Einerwahlkreisen an – sogar über ein Drittel (35,1%). Was bedeutet das für die Kandidatenprofile der DPJ? Welche Rolle spielt der vorherige Politikbezug für Kandidaten, die über das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung gehen? Ist angesichts dessen, dass auch die Ausschreibungsbewerber von Entscheidungen auf informeller Ebene abhängig sind, überhaupt ein Unterschied zu erkennen? Dahingehend werden im Folgenden die Kandidatenprofile der bei den Unterhauswahlen 2009 erfolgreichen neuen DPJ-Direktkandidaten analysiert:

Rekrutierung über öffentliche Ausschreibung	Nein	Ja
Neue Direktkandidaten (nur erfolgreich)	69	38
Davon Erfolg im Einerwahlkreis	42 (60,9%)	29 (76,3%)
Durchschnittsalter	44,8	40,3
Frauenanteil	12 (17,4%)	4 (10,5%)
Universitätsabschluss	62 (89,9%)	35 (92,1%)
Davon Abschluss an Elite-Universität	30 (48,4%)	22 (62,9%)
Politikbezug	32 (46,4%)	18 (47,4%)
Mandaterfahrung auf anderer Wahlebene	22 (31,9%)	10 (26,3%)
Darunter Präfekturabgeordnete	13 (18,8%)	3 (7,9%)
Abgeordnetensekretäre	16 (23,2%)	15 (39,5%)
Parteiangestellte	1 (1,4%)	–
Erbpolitiker	1 (1,4%)	3 (7,9%)
Ehemalige Ministerialbürokraten	9 (13,0%)	5 (13,2%)
Geschäftsführung oder Selbstständigkeit zum Wahlzeitpunkt	12 (17,4%)	7 (18,4%)
Anstellungsverhältnis (ohne Politikbezug)	17 (24,6%)	14 (36,8%)

Tabelle 3: Kandidatenprofile der erfolgreichen neuen Direktkandidaten (Unterhaus) der DPJ getrennt nach Ausschreibungs- und Nicht-Ausschreibungsbewerbern für das Wahljahr 2009

Quelle: Eigene Berechnungen nach AS, 2009; SA, 2009 und UEDA, 01.01.2011.

Mit dem Politikbezug beginnend zeigt sich, dass dieser Anteil für die Ausschreibungskandidaten sogar einen Prozentpunkt höher ist als für die Kandidaten, die diesen Weg nicht gegangen sind. Während dieser Politikbezug bei den Nicht-Ausschreibungskandidaten jedoch zu zwei Dritteln aus einem Mandat auf einer anderen Wahlebene resultiert, liegt dieser Anteil bei den Ausschreibungskandidaten nur bei etwas über der Hälfte und macht gemessen an ihrer Gesamtheit nur 26,3% aus. Noch deutlicher wird der Unterschied bei denjenigen mit Erfahrung auf Präfektorebene. Lediglich drei Ausschreibungskandidaten (7,9%) weisen einen solchen Hintergrund auf, prozentual nicht einmal halb so viele wie bei den Nicht-Nichtausschreibungskandidaten (18,8%). Dieses Verhältnis stützt die Annahme, dass es sich bei der Lokal- und Regionalpolitik um einen sicheren Pfad in die nationale Politik handelt, den Anwärter nutzen können, die im Gegensatz zu z.B. Erbpolitikern keine Vorteile haben, die ihnen den direkten Einstieg auf nationaler Ebene ermöglichen (Yoshino / Tanifuji / Imamura, 2001: 237). Aspi-

ranten mit einem solchen Hintergrund müssen sich demnach nicht des Verfahrens der öffentlichen Ausschreibung bedienen. Dies scheint vor allem auf diejenigen zuzutreffen, die bereits ein Mandat auf regionaler Ebene ausgeübt haben. Warum ist der Anteil der Ausschreibungskandidaten mit Politikbezug dennoch so hoch? Knapp 40% von ihnen haben Arbeitserfahrungen als Abgeordnetensekretäre. Ein Rückblick auf Tabelle 1 zeigt, dass der Anteil der Abgeordnetensekretäre in dem Masse abnimmt, wie der der Lokal- und Regionalpolitiker zunimmt. Dies könnte darauf hinweisen, dass die DPJ erstere vorzieht und dass mit zunehmender Verfügbarkeit dieser, die Abgeordnetensekretäre an Attraktivität verlieren. Das würde im Einklang mit den Ergebnissen von Amano (2003: 147) stehen, die zeigen, dass Abgeordnetensekretäre eine wesentlich niedrigere Wahlerfolgsrate haben als andere Neulinge, sofern sie nicht gleichzeitig auch den Hintergrund eines Lokal-, Regional- oder Erbpolitikers haben. So ist mit dem Ausbau der lokalen Parteibasis der Zugang zur DPJ für ehemalige Abgeordnetensekretäre schwieriger geworden, weshalb sie den Weg über die öffentliche Ausschreibung aktiv als Ausweichmöglichkeit zu nutzen scheinen. Es stellt sich jedoch die Frage, was das für Kandidatenanwärter ohne Politikbezug bedeutet. Der Blick auf die Tabelle zeigt jedoch eine überraschend positive Tendenz. 36,8% der Ausschreibungskandidaten kommen aus einem reinen Anstellungsverhältnis ohne vorherigen Politikbezug, im Vergleich zu 24,6% bei den Nicht-Ausschreibungskandidaten. Dieser grosse Unterschied lässt darauf schliessen, dass die vom Wahljahr 2005 auf das Wahljahr 2009 zu beobachtende Tendenz einer leichten prozentualen Zunahme dieser Gruppe unter allen DPJ-Kandidaten vor allem oder sogar ausschliesslich auf die über die öffentliche Ausschreibung rekrutierten Kandidaten zurückzuführen ist. Was bedeutet das für die anderen Eigenschaften dieser Kandidaten?

Der Anteil der Universitätsabsolventen ist mit 92,1% zu 89,9% bei den Ausschreibungskandidaten höher. Auffallend ist auch, dass 62,9% der Ausschreibungskandidaten mit Hochschulabschluss diesen an einer Elite-Universität⁸ erreichten – ein 15 Prozentpunkte höherer Anteil als bei den Kandidaten ohne Ausschreibungshintergrund. Folglich muss dem Bildungsgang als Auswahlkriterium bei der Kandidatenrekrutierung über das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung hohe Bedeutung zugesprochen werden. Hinsichtlich des offenen Zugangs kann diese Tendenz einerseits zwar als problematisch

8 Die Auswahl der als Elite-Universität berücksichtigten Universitäten ergibt sich aus der Schnittmenge der zehn bestplatzierten Universitäten des Jahres 2007 in den Rankings von *STK* (2008) und *THE* (2007).

betrachtet werden. Andererseits sprechen diese Ergebnisse dafür, dass die von Asano (2006: 54–55) sowie Tokoi, Fukui und Suzuki (2009: 12) angenommene Wechselbeziehung zwischen der Bedeutungszunahme solcher als Markenwert zu verstehenden Eigenschaften und der Bedeutungsabnahme traditioneller Anforderungen wie den drei *ban* ein Stück weit bestätigt werden kann.

Eine Art Markenwert mit Potential für eine auf die breite Wählerschaft ausgerichtete Stimmenmobilisierung hat möglicherweise auch das Alter (Asano, 2006: 54–55). Das gut vier Jahre niedrigere Durchschnittsalter der Ausschreibungskandidaten stützt diese Annahme. Es könnte allerdings auch sein, dass der Altersunterschied weniger auf eine gezielte dahingehende Selektion zurückzuführen ist, als allein auf die häufigeren Quereinstiege.

Interessant ist auch ein Blick auf den Frauenanteil, welcher mit 10,5% zu 17,4% unter den Ausschreibungskandidaten wesentlich niedriger ist als unter denjenigen ohne diesen Hintergrund. Ob 2009 die Anzahl weiblicher Bewerber besonders niedrig war oder etwa die Selektion auf zentraler oder lokaler Ebene dazu geführt hat, dass Frauen unter den Ausschreibungskandidaten besonders schlecht vertreten sind, kann nicht beantwortet werden. Es wird jedoch Handlungsbedarf deutlich, den die Parteizentrale bereits nach dem ersten Durchgang realisiert zu haben scheint, jedoch nach dem darauf folgenden zweiten Durchgang speziell für Frauen nicht weiter verfolgt hat.

Vor allem die Frage nach der Erfolgsquote ist aus Sicht der Partei interessant. Obwohl die allgemeine Erfolgsquote im Wahljahr 2009 für alle neuen DPJ-Kandidaten deutlich über 90% lag, stechen die über das neue Verfahren rekrutierten Kandidaten dennoch heraus, nämlich aufgrund der Tatsache, dass 76,3% von ihnen ihr Mandat über einen Wahlsieg im Einerwahlkreis erzielt haben, wohingegen dieser Anteil bei den Nicht-Ausschreibungskandidaten bei nur 60,9% liegt. Angesichts dessen, dass die öffentlichen Ausschreibungen vor allem in den ersten Durchgängen dazu dienten, leere Wahlkreise zu besetzen, die möglicherweise aufgrund eines starken Gegners bis dahin frei geblieben waren, ist dieses Ergebnis erstaunlich und muss in der Diskussion weitere Berücksichtigung finden.

Ebenfalls zur Diskussion wird die Tatsache stehen, dass drei der vier Erbpolitiker, welche erfolgreich in Einerwahlkreisen für die DPJ antraten, auch über die öffentliche Ausschreibung gegangen sind.

5 Auswertung und Ausblick

Die Untersuchung des Rekrutierungsverfahrens der öffentlichen Ausschreibung hat ein widersprüchliches Bild ergeben. Neben Neuerungen, die hinsichtlich der Öffnung des Nominierungsprozesses und der Entscheidungsfindung auf zentraler Ebene positiv zu bewerten sind, hat sich für die eigentliche Kandidatenauswahl ein Festhalten an alten Nominierungsstrukturen gezeigt.

Wenn auch die geschilderten Erwartungen an das Ausschreibungsverfahren als ein transparentes, Zugang versprechendes Nominierungsverfahren bei weitem nicht erfüllt wurden, ist es angesichts der früheren Nominierungsstrukturen bereits positiv zu bewerten, dass durch die öffentliche Ausschreibung prinzipiell überhaupt der Zugang zum Nominierungsprozess gewährleistet wird. So ist es nicht mehr möglich, dass Präfekturverbände Kandidaten nominieren ohne andere Anwärter angehört zu haben. Zumindest theoretisch ergibt sich daraus für die Präfekturverbände eine Rechenschaftspflicht bezüglich ihrer Kandidatenauswahl, deren Erfüllung von der Parteizentrale jederzeit eingefordert werden könnte.

Erfüllt die Parteizentrale diese Kontrollfunktion jedoch nicht, bleibt ungewiss, wie viele Ausschreibungsbewerber die vom Abgeordneten I beschriebene Hintertür benutzen und wie viele tatsächlich ohne vorherige Bezugspunkte – ohne die drei *ban* – allein aufgrund ihrer Fähigkeiten den Weg in die nationale Politik finden. Die Analyse der Kandidatenprofile hat auf der einen Seite zwar gezeigt, dass der Anteil derjenigen Kandidaten, die aus einem Anstellungsverhältnis und ohne vorherigen Politikbezug in die DPJ kommen, durch das Verfahren gestiegen ist. Das Ziel, mehr normale Bürger ins Parlament zu bringen, könnte damit zumindest für den Moment als erfüllt betrachtet werden. Gleichzeitig stellt sich aber z.B. bei den vielen Abgeordnetensekretären die Frage, ob hier nicht bereits vorab feststand, wer im Falle eines Konkurrenzkampfes diesen gewinnen würde. Auf die Frage, warum er sich trotz seines Hintergrundes als Abgeordnetensekretär noch über das Verfahren beworben hat, gibt der Abgeordnet H an: “[...] das Ausschreibungsverfahren ist, anders als vorher, zu einer Art Leitgedanke der Partei geworden, ist wichtig geworden.” Diese Aussage deutet einerseits im positiven Sinne auf eine Etablierung des Verfahrens hin, andererseits spiegelt sie auch den Aspekt der Legitimierung über das Verfahren wider. Auch der hohe Anteil der Erbpolitiker unter den Ausschreibungskandidaten deutet darauf hin, dass die öffentliche Ausschreibung auch in der DPJ zum Zweck der Legitimation genutzt wird. Wenn dies auch prinzipiell nicht negativ zu bewerten ist, so hat die Untersuchung des Verfahrens

gezeigt, dass diese Legitimation angesichts der Entscheidungsfindung auf informeller Ebene nicht gerechtfertigt ist. Um mögliche Kritik abzuwenden, wären transparentere Auswahlmechanismen nötig, die auch im Ausschreibungsverfahren nicht gegeben sind. Solange die Bilanz hinsichtlich der Offenheit für Quereinsteiger jedoch so positiv bleibt wie für 2009 erörtert, scheint es diese Funktion dennoch zu erfüllen. Insofern hat das Ausschreibungsverfahren zwar einerseits nach wie vor das Potential, eine transparente und offene Kandidatenrekrutierung zu fördern, birgt aber andererseits auch die Möglichkeit, eine intransparente, auf informellen Absprachen basierende Kandidatenrekrutierung zu legitimieren. Es bleibt abzuwarten, welchen Weg die DPJ-Parteizentrale diesbezüglich einschlagen wird.

Insgesamt hat sich das Profil des relativ neuen Verfahrens dennoch gefestigt. In den letzten beiden Durchgängen wurde das neue offizielle Ziel der öffentlichen Ausschreibung – die Rekrutierung von geeignetem Nachwuchs – deutlich zum Ausdruck gebracht. Ein Ziel, das aufgrund der Datenanalyse uneingeschränkt als erfüllt betrachtet werden kann. Die Ausschreibungskandidaten zeichnen sich nicht nur durch ihren Elite-Hintergrund aus, sondern glänzen auch durch eine hohe Erfolgsquote in den Einerwahlkreisen. Ishi'i (Vorsitzender des Wahlausschusses) betont in diesem Zusammenhang auch den Vorteil gegenüber den öffentlichen Kandidaturausschreibungen auf Präfektorebene. Durch die zentrale Steuerung sei es möglich, aus allen Anwärtern jeweils nur die besten auszuwählen (DPJ, 30.10.2009). Daran wird ausserdem deutlich, dass die Qualität eines Kandidaten offensichtlich nicht mehr nur über die jeweilige Stellung in der Region definiert wird, sondern eine von der Frage nach der persönlichen Wählerbasis losgelöste Beurteilung stattfindet, die es der DPJ offensichtlich ermöglicht, Kandidaten zu finden, die unter den aktuellen Rahmenbedingungen erfolgreich sind.

Wäre es dann nicht wünschenswert, das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung standardisiert für alle neuen Kandidaturen einzusetzen? Während es auf der einen Seite Stimmen gibt, wie die des Abgeordneten G, die dies befürworten, zeigt z.B. die eingangs angedeutete ablehnende Haltung des Abgeordneten C die Grenzen der gerade konstatierten neuen Beurteilungsweise von Kandidatenanwärtern auf. Solange die Aussicht auf Wahlerfolg für Kandidaten mit Erbpolitikerhintergrund oder mit einer über z.B. ein politisches Mandat auf lokaler Ebene gut gepflegten Wählerbasis höher ist als die anderer Anwärter, scheint es unwahrscheinlich, dass Parteien die Nominierung dieser das Ziel des Wahlsiegs näher bringenden Kandidaten mit einem Zwang zur öffentlichen Ausschreibung hinterfragen oder gar gefährden würden. Zudem ist es fraglich,

ob das neue Verfahren, welches diesem Interessenskonflikt zwischen Wahlerfolg und offenem Zugang bereits jetzt nicht immer gewachsen zu sein scheint, in seiner derzeitigen Form als flächendenkendes Rekrutierungsverfahren seiner ursprünglichen Bestimmung der Öffnung der Partei noch näher käme. Insofern liegt die Zukunft des Verfahrens vermutlich eher in seiner neu definierten Bestimmung der Nachwuchssicherung mit dem Potential auch die Zugangsmöglichkeiten zur DPJ zu verbessern.

Quellen- und Literaturverzeichnis

AMANO, Shin'ya 天野慎也

2003 “Chūsenkyokusei Moto ni okeru Seijiteki Rikurūmento no Bunseki: 1980 Nen – 90 Nen no Jimintō Shinjin Kōho o Chūshin toshite 中選挙区制下における政治的リクルートメントの分析: 1980年～90年の自民党新人候補を中心として.” *Nihon Daigaku Daigakuin Hōgaku Kenkyū Nenpō* 日本大学大学院法学研究年報 33: 131–160.

2004 “Shōsenkyokusei Moto ni okeru Seijiteki Rikurūmento no Bunseki: Jimintō no Shinjin Kōho o Chūshin toshite 小選挙区制下における政治的リクルートメントの分析: 自由民主党の新人候補を中心として.” *Nihon Daigaku Daigakuin Hōgaku Kenkyū Nenpō* 日本大学大学院法学研究年報 34: 307–324.

AS (ASAHI SHINBUN 朝日新聞)

29.10.2003 “Kyūshū Hireiku no Kōhosha (Fukuoka) 九州比例区の候補者 (福岡).” S. 29 (Morgenausgabe, Tōkyō).

08.11.2003 [Veröffentlichung der Kandidatenaufstellungen in den Regionalteilen Ōsaka, Hokkaidō, Shizuoka, Tottori, Tokushima, Gunma, Chiba, Akita, Toyama und Tōkyō am Vortrag der Unterhauswahlen]. S. 27–35 (Morgenausgabe, Tōkyō).

10.11.2003 “Sōsenkyo, Zenkoku no Kaihyō Kekka to Tōsensha no Kaobure 総選挙・全国の開票結果と当選者の顔ぶれ.” S. 4–9 (Abendausgabe, Tōkyō).

2005 “2005 Sōsenkyo 2005総選挙.”
<<http://www2.asahi.com/senkyo2005/>> (10.03.2012).

2009 “2009 Sōsenkyo 2009総選挙.”
<<http://www2.asahi.com/senkyo2009/>> (13.03.2012).

ASANO Masahiko 浅野正彦

2006 *Shimin Shakai ni okeru Seido Kaikaku: Senkyo Seido to Kōhoshu Rikurūto* 市民社会における制度改革: 選挙制度と候補者リクルート. Tōkyō: Keio University Press.

BLECHINGER, Verena

1996 “Politik und Familienbande: ‘Erb-Abgeordnete’ im japanischen Parlament.” *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 159/160: 71–87.

CHRISTENSEN, Raymond V.

1994 “Electoral Reform in Japan: How It Was Enacted and Changes It May Bring.” *Asian Survey*, 34 (7): 589–605.

CURTIS, Gerald L.

1971 *Election Campaigning Japanese Style*. New York: Columbia University Press.

DONAU, Kai-F.

2005 *Erbabgeordnete in Japan: Entstehung und Zukunft eines Rekrutierungspfades*. Dissertation, Sozialwissenschaftliche Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.

DPJ (DEMOCRATIC PARTY OF JAPAN 民主党)

02.03.1999 *Motomu! Posuto Kan: Minshutō ga Shūinsen Shōsenkyoku Kōhoshu o Kōbo* 求む! ポスト菅: 民主党が衆院選小選挙区候補者を公募. <<http://archive.dpj.or.jp/news/?num=7467>> (23.02.2012).

13.03.1999 “Motomu, Posuto Kan: Shūgi’in Gi’in Kōhoshu Boshū 求む、ポスト菅: 衆議院議員候補者募集.” *Asahi Shinbun* 朝日新聞, S. 24 (Morgenausgabe, Tōkyō).

26.05.1999 *Jiki Shūinsen Kōhoshu Kōboshu o Mensetsu* 次期衆院選候補公募者を面接. <<http://www1.dpj.or.jp/news/?num=7833>> (25.02.2012).

21.07.1999 *Jiki Shūinsen Kōnin Yonin o Happyō* 次期衆院選公認4人を発表. <<http://www1.dpj.or.jp/news/?num=8505>> (02.03.2012).

04.08.1999 *Josei Kōhoshu Kōbo ni 50 Nin o koeru Ōbo* 女性候補者公募に50人をこえる応募. <<http://www.dpj.or.jp/news/?num=8537>> (05.09.2010).

15.01.2000 *Fuzoku Shiryō: 1999 Nendo Katsudō Hōkoku* 付属資料: 1999年度活動報告. <<http://www1.dpj.or.jp/news/?num=8822>> (23.02.2012).

05.02.2002 *Zenshōsenkyoku Yōritsu ni muke Sōsenkyo Kōhoshu Kōbo o Kettei* 全小選挙区擁立に向け総選挙候補者公募を決定. <<http://www.dpj.or.jp/news/?num=1196>> (05.09.2010).

- 24.03.2002 “Somosomo Seiji-tte Nan da-kke? Shimin no Daihyō o Kokkai he: Shūgi’in Gi’in Kōhosha Boshū そもそも政治って何だっけ? 市民の代表を国会へ: 衆議院議員候補者募集.” *Asahi Shinbun* 朝日新聞, S. 26 (Morgenausgabe, Tōkyō).
- 08.02.2004 “Somosomo Seiji-tte Nan da-kke? Shimin no Daihyō o Kokkai he: Kokkai Gi’in Kōhosha Boshū そもそも政治って何だっけ? 市民の代表を国会へ: 国会議員候補者募集.” *Asahi Shimbun* 朝日新聞, S. 13 (Morgenausgabe, Tōkyō).
- 05.03.2004 *Kokusei Senkyo Kōho Kōbo ni 713 Nin ga Ōbo* 国政選挙候補公募に713人が応募.
<<http://www.dpj.or.jp/news/?num=3072>> (05.09.2010).
- 13.02.2005 “Seiken o kaeru Senkyo ni demasenka: Kokkai Gi’in Kōhosha Boshū 政権をかえる選挙に出ませんか: 国会議員候補者募集.” *Asahi Shimbun* 朝日新聞, S. 15 (Morgenausgabe, Tōkyō).
- 20.06.2005 ‘*Senkyo ni ikanakereba Seiji ha kawaranai*’ *Okada Daihyō, Wasedadai de Kōen* 「選挙に行かなければ政治は変わらない」岡田代表、早稲田大で講演.
<<http://archive.dpj.or.jp/news/?num=6843>> (16.01.2005).
- 08.11.2005 *Dai 351 Kai Honbu Jōnin Kanjikai Shōnin: Shūgi’in Senkyo Kōhosha Sentei Kijun ni tsuite* 第351回本部常任幹事会承認: 衆議院選挙候補者選定基準について.
<<http://www.eda-jp.com/dpj/2005/051108.html>> (15.09.2010).
- 12.05.2006 *Kokusei Senkyo Kōhosha no Kōbo Kaishi o akirakani: Hatoyama Kanjichō ga Kaiken de*, 国政選挙候補者の公募開始を明らかに: 鳩山幹事長が会見で.
<<http://www.dpj.or.jp/news/?num=38>> (05.09.2010).
- 21.05.2006 “Jinzai Boshū. Nippon o ugokasu: Kokkai Gi’in Kōbo 人材募集。ニッポンを動かす: 国会議員公募.” *Asahi Shimbun* 朝日新聞, S. 20 (Morgenausgabe, Tōkyō).
- 11.07.2006 *Jōnin Kanjikai o Kaisai shi: Shūin Daigoji Kōnin o Shōnin* 常任幹事会を開催し: 衆院第5次公認を承認.
<<http://www1.dpj.or.jp/news/?num=8691>> (25.02.2012).
- 30.10.2009 *Kokusei Senkyo Kōhosha Kōbo o Happyō: Ishi’i Senkyo Taisaku I’inchō ga Kaiken de* 国政選挙候補者公募を発表: 石井選挙対策委員長が会見で.
<<http://www.dpj.or.jp/news/?num=17192>> (05.09.2010).

- 01.11.2009 “‘Hataraku Seijika’, Boshū: Kokkai Gi’in Kōhosha Boshū 「働く政治家」、募集: 国会議員候補者募集.” *Asahi Shimbun* 朝日新聞, S. 8 (Morgenausgabe, Tōkyō).
- 24.11.2009 *Kōnin Kanjikai o Kaisai: 2010 Nendo Tōtaikai Nittei o Hōkoku* 常任幹事会を開催: 2010年度党大会日程等を報告.
<<http://www1.dpj.or.jp/news/?num=17324>> (25.02.2012).
- FLANAGAN, Scott C.
1968 “Voting Behavior in Japan: The Persistence of Traditional Patterns.” *Comparative Political Studies* 8.1: 391–412.
- FUKUI, Haruhiro / FUKAI, Shigeko N.
1992 “Elite Recruitment and Political Leadership.” *PS: Political Science and Politics* 25.1: 25–36.
- IDEI, Yasuhiro 出井康博
2004 *Matsushita Seikei Juku to ha Nani ka* 松下政経塾とは何か. Tōkyō: Shinchōsha.
2010 *Minshutō Daigishi no Tsukurarekata* 民主党代議士の作られ方. Tōkyō: Shinchōsha.
- KÖLLNER, Patrick
2007 “Wahlmanifeste in Japan: Der Wandel des politischen Wettbewerbs schreitet voran.” *Japan aktuell* 2/2007: 35–47.
- KSH (KŌSHOKU SENKYO HŌ* 公職選挙法)
2011 <<http://law.e-gov.go.jp>> (13.03.2012).
- KYUDAN*
2004 “Seshū Gi’in, Ketsuzoku Gi’in Risuto: 135 Mei 世襲議員 血族議員リスト: 135名.” <<http://kyudan.com/data/seshu2.htm>> (23.01.2012).
- MATSUOKA, Rikio 松岡力雄
2010 *Minshutō Kokkai Gi’in Kōbo Taikendan ni tsuite* 民主党国会議員公募体験談について, 16.03.–23.03.
<http://blog.livedoor.jp/matsuokarikio/archives/cat_50028724.html> (26.02.2012).
- NOGUCHI, Hitoshi 野口均
2005 “Yūi na Jinzai o atsume, Seiken o Kakutoku suru: Minshutō Kōhosha Kōbo Purojekuto 優秀な人材を集め、政権を奪取する: 民主党候補者公募プロジェクト.” *Forbes* フォーブス 14.9: 148–152.
- NORTH, Christopher T.
2003 *The Transition from Technocracy to Aristocracy in Japan, 1955–2003*. PhD Thesis, Graduate School of Public and International Affairs, University of Pittsburgh.

SA (*SHŪKAN ASAHI* 週刊朝日)

2009 “Minshutō Shinjin Gi’in 143 Nin Daikaibō: ‘Ozawa Chirudoren’ no Gyokuseki Konkō 民主党新人議員143人大解剖: 「小沢チルドレン」の玉石混交.” SA 114.48: 132–137.

SCHMIDT, Carmen

2002 “Die Rekrutierung politischer Repräsentanten in Japan.” *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 171/172: 93–107.

SD (*SHŪKAN DAIYAMONDO* 週刊ダイヤモンド)

2006 “Kokkai Gi’in: ‘Ano Hito’ datte Tōsen dekita 国会議員: 「あの人」だって当選できた.” SD 94.40: 107.

STK (*SHŪKAN TŌYŌ KEIZAI* 週刊東洋経済)

2008 “2008 Nenhan ‘hontō ni tsuyoi Daigaku’ Sōgō Rankingu 2008年版「本当に強い大学」総合ランキング.”
<<http://www.toyokeizai.net/public/image/2008102000144942-5.pdf>> (20.03.2012).

TANAKA, Aiji 田中愛治

2001 “Nihon: Kōchokuka shita Kojin Shudōgata Rikurūmento 日本: 硬直化した個人主導型リクルートメント.” In: YOSHINO Takashi 吉野孝 / TANIFUJI Etsushi 谷藤悦史 / IMAMURA Hiroshi 今村浩 (Hg.): *Dare ga Seijika ni naru no ka: Kōhōsha Erabi no Kokusai Hikaku* 誰が政治家になるのか: 候補者選びの国際比較. Tōkyō: Waseda University Press, S. 3–32.

THAYER, Nathaniel B.

1969 *How the Conservatives Rule Japan*. Princeton: Princeton University Press.

THE (*TIMES HIGHER EDUCATION*)

2007 “World University Rankings 2007.”
<<http://www.timeshighereducation.co.uk/Magazines/THES/graphics/WorldRankings2007.pdf>> (20.03.2012).

TOKOI, Ken’ichi 常井健一 / FUKUI, Yōhei 福井洋平 / SUZUKI, Takuma 鈴木琢磨

2009 “‘Zassōkei’ ga haiagaru: Minshutō Gi’in 308 Nin Chōsa 「雑草系」がはい上がる: 民主党議員308人調査.” *AERA* アエラ 22.50: 12–15.

TSUCHIDA, Hirokazu 土田ひろかず

2010 *Minshutō Senkyo no Himitsu* 民主党選挙のヒミツ. Tōkyō: Yōsen-sha.

TSUMURA, Keisuke 津村啓介

2004 “Senkyo hodo taihen de, omoshiroi Mono ha nai! 選挙ほど大変で、おもしろいものはない!” In: SHIMADA Fumiaki 島田文昭 (Hg.): *Kyōkasho ni ha noranai ‘Seiji no Arukikata’: Naze Kokkai Gi’in ha konna ni ‘Kane’ o tsukau no ka* 教科書には載らない「政治の歩き方」: なぜ国会議員はこんなに「金」を使うのか. Tōkyō: Takeshobō, S. 76–78.

UEDA, Shūichi 上田修一

21.12.2006 *2005 Nen Sōsenkyo Senshutsu Shūgiin Gi’in Ichiran: Seshū Gi’in (126 Mei)* 2005年総選挙選出衆議院議員一覧: 世襲議員(126名).
<<http://www.geocities.co.jp/wallstreet/1251/ses.html>> (31.03.2011).

01.01.2011 *2009 Nen Sōsenkyo Senshutsu Shūgiin Gi’in Ichiran: Seshū Gi’in (86 Mei)* 2009年総選挙選出衆議院議: 世襲議員(86名).
<<http://www.shugiingiin.com/ses.html>> (28.03.2011).

YOSHINO, Takashi 吉野孝 / TANIFUJI, Etsushi 谷藤悦史 / IMAMURA, Hiroshi 今村浩 (Hg.)

2001 *Dare ga Seijika ni naru no ka: Kōhōsha Erabi no Kokusai Hikaku* 誰が政治家になるのか: 候補者選びの国際比較. Tōkyō: Waseda University Press.

YS (*YOMIURI SHINBUN* 読売新聞)

22.05.2000 “Shūinsen ‘Kōbo Kōho’ Funtōchū: Kaishain, Kengi ... yaku 40 Nin 衆院選「公募候補」奮闘中: 会社員、県議... 約40人.” S. 38 (Morgenausgabe, Tōkyō).

06.08.2002 “Jiki Shūin 2 Ku: Minshū ga Tsumura Keisuke-shi Yōritsu 次期衆院2区: 民主が津村啓介氏擁立.” S. 29 (Morgenausgabe, Ōsaka).

07.11.2009 “Kōhōsha: Kōbo o Gensokuka 候補者: 公募を原則化.” S. 4 (Morgenausgabe, Tōkyō).